

Germany-Munich: Architectural and related services

OJ S 119/2021 22/06/2021

Contract award notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Max-Planck-Gesellschaft, GV-Bauabteilung

Postal address: Hofgartenstraße 8

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80539

Country: Germany

Contact person: Urchs, Helmut

E-mail: bieterfragen@gv.mpg.de**Internet address(es):**Main address: <http://www.mpg.de>Address of the buyer profile: <https://portal.deutsche-evergabe.de>**I.4. Type of the contracting authority**

Other type: Einrichtung des privaten Rechts

I.5. Main activity

Other activity: Grundlagenforschung

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

MPI für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum — Institutsneubau -

Architektenleistung — Objektplanung LPH 2-9

Reference number: Z.CSPY.A.000001.OBJ.VgV.1992

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Objektplanung LPH 2-9 nach §§ 33-37 HOAI 2021

Nähere weiterführende und wichtige Informationen zu den zu vergebenden

Planungsleistungen (Auftragsgegenstand) sind unter Punkt II.2.4) dieser Bekanntmachung beschrieben.

II.1.6.

Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 0,01 EUR

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71200000 Architectural and related services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA51 Bochum, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: 44803 Bochum Suttner-Nobel-Allee

II.2.4. Description of the procurement

A) Allgemeine Informationen zum Institut:

Auf der Entwicklungsfläche „Mark 51o7“ des ehemaligen Opel-Areals in Bochum Laer soll ein Forschungsgebäude für das neu gegründete Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre geplant werden.

Das Institut soll führende Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen der Informationstechnologie zusammenführen und für 6 Abteilungen und 12 Max-Planck-Forschungsgruppen konzipiert werden. Ferner sollen der Wissenschaftliche Service mit 2 zentrale wissenschaftliche Einrichtungen (ZWE) und die Institutsverwaltung mit dem haustechnischen Dienst untergebracht werden.

Das vorgesehene Baufeld befindet sich nordwestlich der Wittener Straße auf polygonalen Teilflächen von MARK 51o7., die aktuell saniert und erschlossen werden. Für das Grundstück existiert ein Bebauungsplan.

Bei der derzeit stattfindenden Bodensanierung ist unter anderem geplant in ca. 3 m Tiefe eine Dichtebene einzubauen. Über der Dichtebene wird ein Bodenpolster aufgebaut, an dessen Oberkante (Übergabeebene) eine begrenzte Design-Tragfähigkeit erreicht werden soll.

B) Angaben zur Planungsleistung:

Das Raumprogramm (NF 1-6) umfasst

- ca. 4 350 m² Büros,
- ca. 250 m² Verhaltenslabore,
- 600 m² Elektronik-und Hardwarelabore sowie
- ca. 300 m² Rechner- und Serverräume sowie
- ca. 440 m² Seminarbereich mit Hörsaal für 200 Personen und eine Cafeteria mit 180 m².

Die Nutzfläche (NUF 1-7) insgesamt beträgt ca. 7 300 m²,

- die Brutto-Grundfläche (BGF) ca. 14 000 m² und
- der Brutto-Rauminhalt (BRI) ca. 60 500 m³.

Gegenstand der zu vergebenden Leistung sind die Leistungsphasen 2-9.

Ggf. vorgesehene Optionen siehe unter II.2.11).

Der voraussichtliche Beginn der Leistungsphase 2 ist für Juli 2021 vorgesehen.

Planungsleistung sind abzuschließen für einen geplanten Baubeginn im März 2024.

Die Honorierung erfolgt nach der HOAI 2021.

Die Planung hat mindestens entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen. Die Planung muss auch wirtschaftliche und energiewirtschaftliche Gesichtspunkte sowie Kriterien der Nachhaltigkeit einbeziehen.

Die voraussichtlichen Bauwerkskosten (KG 300 + 400) dürfen nicht mehr als 32,2 Mio. EUR netto betragen. Die veranschlagten Gesamtbaukosten inklusive dem Erwerb von Stellplätzen an anderer Stelle belaufen sich auf ca. 45 Mio. EUR netto.

Die Bewerber erklären mit Abgabe eines Teilnahmeantrages, dass sie in der Lage sind, die Leistungen innerhalb des Zeitraumes (siehe II.2.7)) zu erbringen und insbesondere, dass sie über die hierfür notwendigen fachlichen, personellen, sachlichen und zeitlichen Mittel verfügen.

Die besonderen Anforderungen an die Leistungserbringung können es erforderlich machen, häufig/kurzfristig auf Anforderung des Auftraggebers zu Abstimmungsgesprächen vor Ort bzw. in München zur Verfügung zu stehen.

In Zusammenarbeit mit dem Institut wurde das beiliegende Projektbuch erstellt, dessen Ergebnisse der weiteren Planung zu Grunde zu legen sind. Auf Basis dieses Projektbuchs sollen zu einem späteren Zeitpunkt von den ausgewählten Teilnehmern städtebauliche Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Aufgabe und Vergütung werden in der Angebotsaufforderung näher beschrieben.

Honorarparameter: Honorarzone IV Mindestsatz. Maßgebend für die zu vergebenden Leistungen als auch für die Honorierung ist das bereitgestellte Vertragsdokument

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Maßgeblich für die Vergabeentscheidung ist das wirtschaftlichste Angebot. Im Rahmen der Ermittlung des besten Preis-Leistungsverhältnisses nimmt der Preis nach Art. 67 Abs. (2) der RL 2014/24/EU und dem hierauf beruhenden § 58 Abs. (2) VgV - die Form von Festpreisen an, so dass sich das wirtschaftlichste Angebot ausschließlich nach den in § 58 Abs. (2) VgV genannten Kriterien bestimmt. Alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt. / Weighting: 100

Price - Weighting: 0

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Es wird eine stufenweise Beauftragung einzelner oder mehrerer Leistungsphasen vorgesehen. Verbindlich beauftragt werden zunächst die LPH 2 und 3. Der Vertrag beinhaltet die Option nach der Entscheidung des Auftraggebers, dem Auftragnehmer auch weitere Leistungsphasen, einzeln oder mehrere zusammen, zu übertragen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.9): Allgemeine Erläuterungen zur Punktevergabe:

Die je Kriterium erzielten Bewertungspunkte werden mit der jeweiligen Gewichtung multipliziert. Die Gesamtleistungspunktzahl ergibt sich aus der Summe der gewichteten Bewertungspunkte bei den vorstehend genannten Bewertungskriterien.

Bei den vorgenannten Bewertungskriterien (7) und (8) erfolgt die Bewertung entsprechend der bei diesen Kriterien jeweils spezifisch angegebenen Bewertungsabstufung.

Für alle anderen Kriterien erfolgt die Bewertung grundsätzlich anhand einer Wertungsskala von 0-4 Punkten, wobei 4 Punkte die bestmögliche Bewertung darstellt. Gleichwertige Darstellungen erhalten gleichviele Punkte.

Die Bewertung erfolgt je Kriterium im Vergleich der Teilnahmeanträge zueinander unter Abwägung der jeweiligen guten und weniger guten Aspekte (sogenannte diskursive Wertung).

Die Punktevergabe erfolgt nach dem Grad der Nachteile/ Abstriche gegenüber dem besten Teilnahmeantrag, immer bezogen auf das jeweilige Kriterium:

- 4 Punkte: Der gemessen an dem hier zu realisierenden Projekt vorteilhafteste Teilnahmeantrag;
- 3 Punkte: Der Teilnahmeantrag weist geringfügige Abstriche gegenüber dem besten Teilnahmeantrag auf;
- 2 Punkte: Der Teilnahmeantrag weist deutliche Abstriche gegenüber dem besten Teilnahmeantrag auf;
- 1 Punkt: Der Teilnahmeantrag weist schwerwiegende Abstriche gegenüber dem besten Teilnameantrag auf;
- 0 Punkte: Der Teilnahmeantrag enthält nicht nachvollziehbare Ausführungen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2021/S 021-050218](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Title:

MPI für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum — Institutsneubau - Architektenleistung — Objektplanung LPH 2-9

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

07/06/2021

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 5

Number of tenders received from SMEs: 0

Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 0

Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0

Number of tenders received by electronic means: 5

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3.

Name and address of the contractor

Official name: Arge Eller + Eller / Meyer Architekten

Town: Düsseldorf

NUTS code: DEA1 Düsseldorf

Country: Germany

The contractor is an SME: no

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 0,01 EUR

V.2.5. Information about subcontracting**Section VI: Complementary information**

VI.3. Additional information

Bei diesem Wettbewerb handelt es um ein 2-stufiges Vergabeverfahren bestehend aus einem Teilnahmewettbewerb und aus einem Verhandlungsverfahren.

Für die erste Stufe dieses Vergabeverfahrens „den Teilnahmewettbewerb“ ist folgendes zu beachten:

Alle Wesentlichen für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen, stehen Ihnen bis zu dem unter Ziffer IV.2.2) genannten Schlusstermin für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=9XH%252b25DpSIs%253d>

Für den Teilnahmeantrag sind der MPG-Bewerbungsbogen und die Bewerbungsgemeinschaftserklärung nach Maßgabe der vorliegenden Bekanntmachung zu verwenden.

Die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages ist ausschließlich in elektronischer Form zulässig. Hierfür ist eine einmalige kostenfreie Registrierung auf der Plattform erforderlich. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist zugelassen, allerdings nicht zwingend erforderlich, da die Abgabe in Textform nach §126b BGB (Textform) ebenfalls zugelassen ist. Bei Abgabe eines Teilnahmeantrages ist zu beachten, dass nach dem Hochladen aller notwendigen Unterlagen in eVergabe, im nächsten Schritt die gewünschte Signaturform auszuwählen ist. Der Teilnahmeantrag ist anschließend, entsprechend der gewählten „Signatur“ rechtsverbindlich zu „signieren“ und einzureichen. Vom Bewerber ggf. selbst erstellte, unterzeichnete und hochgeladene Schreiben/ Anschreiben ersetzen den vor genannten Schritt der Auswahl der Signatur nicht. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Teilnahmeantrages sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt.

Das Datenvolumen ist pro Datei auf 50 MB begrenzt. Die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages per Fax, per E-Mail oder schriftlich auf dem Postweg ist nicht zugelassen.

Hinsichtlich der geforderten Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.3)) sind die diesbezüglichen mit dem MPG-Bewerbungsbogen (Teilnahmeantrag) geforderten Angaben, Nachweise, Erklärungen und Unterlagen formlos und in der in dieser Bekanntmachung vorgegebenen Reihenfolge, in Ergänzung zu den im MPG-Bewerbungsbogen abgeforderten Angaben, beizufügen. Für die Teilnahme wird keine Vergütung gewährt. Mit elektronischer Abgabe eines Teilnahmeantrages wird Einverständnis hiermit erklärt.

Sollten sich aus Sicht der Bewerber Nachfragen ergeben, sind diese ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen. Die eingegangenen Fragen und Antworten zum

laufenden Verfahren, stehen stets aktuell ausschließlich in der eVergabe allen Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung. Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig und eigenverantwortlich bis unmittelbar vor Teilnahmeschluss über den jeweils aktuellen Stand auf der zuvor genannten Website zu informieren und die dort zur Verfügung gestellten Informationen bei der Abgabe des Teilnahmeantrages zu berücksichtigen. Nachteile, die durch eine Nichtbeachtung der ausschließlich auf der zuvor genannten Website eingestellten Informationen entstehen, gehen zu Lasten des Bewerbers.

Bitte beachten Sie, dass das Übermittelten größerer Datenvolumen (z. B. Pläne) mehr Zeit (ggf. je nach Datenvolumen und Geschwindigkeit der genutzten/ zur Verfügung stehenden Datenleitung) in Anspruch nehmen kann. Beginnen Sie deshalb bitte rechtzeitig vor Teilnahmeschluss mit der Übermittlung der Teilnahmeunterlagen. Sollte es zu Problemen bei der Übermittlung kommen, melden Sie sich bitte rechtzeitig vor Abgabeschluss beim Support der eVergabe.

Für die zweite Stufe dieses Vergabeverfahrens, „das Verhandlungsverfahren“, gilt folgendes: Alle für die Erstellung Ihres Angebotes erforderlichen Unterlagen (Aufforderung zur Angebotsabgabe und die Vertragsunterlagen nebst Anlagen), stehen Ihnen bis zu dem unter Ziffer IV.2.2) genannten Schlusstermin für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=9XH%252b25DpSIs%253d>

Mit Aufforderung zur Angebotsabgabe, die den ausgewählten Teilnehmern nach abgeschlossener Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge zugesendet wird, beginnt für die ausgewählten Teilnehmer die Angebotsphase. Ihr Angebot geben Sie bitte bis zum in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannten Termin und unter Beachtung der dort aufgeführten Bedingungen ausschließlich elektronisch über den Bieterbereich der eVergabe ab. Zur Abgabe ist eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur zugelassen, allerdings nicht zwingend erforderlich, da die Abgabe in Textform nach §126b BGB (Textform) zugelassen ist. Bei Abgabe eines Angebotes ist zu beachten, dass nach dem Hochladen aller notwendigen Unterlagen in eVergabe, im nächsten Schritt die gewünschte Signaturform auszuwählen ist. Das Angebot ist anschließend, entsprechend der gewählten „Signatur“ rechtsverbindlich zu „signieren“ und einzureichen. Vom Bieter ggf. selbst erstellte, unterzeichnete und hochgeladene Schreiben/ Anschreiben ersetzen den vor genannten Schritt der Auswahl der Signatur nicht. Dabei ist sichergestellt, dass die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Angebots durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung gewährleistet sind. Über eine etwaige Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden Sie schriftlich informiert. Gemäß § 17 (11) VgV behält sich der Auftraggeber die Möglichkeit vor, den Auftrag ohne Verhandlungen mit den Bietern zu vergeben. Sollten sich aus Sicht der ausgewählten Teilnehmer am Verhandlungsverfahren (2. Stufe) Nachfragen ergeben, gilt die gleiche Verfahrensweise wie zur 1. Phase (Teilnahmewettbewerb). Wichtige Fragen und Antworten sind für Sie ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen und werden hierüber auch beantwortet.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

Postal code: 80538

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz, 169 Abs. 1 GWB).

Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der der Bieterinformation nach §134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

18/06/2021